



## Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche war geprägt von der Regierungserklärung unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Sie stellte in ihrer Erklärung die Schwerpunkte und Leitlinien der neuen Bundesregierung vor.

In der darauffolgenden Generalausprache der einzelnen Ressorts priorisierten die jeweiligen Ministerinnen und Minister die thematischen Schwerpunkte und die Umset-

zung des Koalitionsvertrages. Insbesondere zählt dazu vor allem die Einbringung des Bundeshaushalt für 2018, den wir ab Mitte Mai beraten und noch vor der parlamentarischen Sommerpause verschieden wollen.

Dabei sind im Wesentlichen konkrete Fortschritte beim Ausbau der Infrastruktur, bei der Unterstützung von Familien und in der weiteren Ver-

besserung der inneren Sicherheit in unserem Land erforderlich.

**Herzliche Grüße**

*Ihr*

### Diese Woche:

Christsoziale Politik für Deutschland	2
Ausprache zur Regierungserklärung Haushalt und Finanzen	3
Konsequenzen aus den Vorfällen bei Facebook	4





## Christsoziale Politik für Deutschland

*Diese Woche stellten die Bundesminister im Bundestag erstmalig ihre Projekte und Leitlinien vor.*



### Die Digitalisierung energisch vorantreiben

Am Mittwoch, im Anschluss an die Regierungserklärung der Kanzlerin, sprach sich Dorothee Bär (CSU), Staatsministerin für Digitalisierung für einen digitalen Aufbruch der deutschen Gesellschaft aus. Dazu müsse sich in den Köpfen der Menschen etwas ändern, sagte Bär. Sie beklagte, dass beim Thema eine gewisse Skepsis vorherrsche. Staatliche Institutionen müssen eine Vorreiterrolle einnehmen. Bär verlangte eine Digitalisierung der Behörden und Verwaltungen auf allen Ebenen.

### Marshallplan für Afrika

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) wies in seiner Rede auf den neuen Stellenwert der Entwick-

lungspolitik hin. Deutschland übernehme Verantwortung in der Welt, und das mit einem vernetzten Handlungsansatz, der sowohl die Außen- als auch die Sicherheits- und Entwicklungspolitik umfasst. Der Minister kündigte an, dass er in dieser Wahlperiode u.a. den Entwicklungshaushalt verstärken und mittels Gesetz neue Rahmenbedingungen für private Investitionen in Entwicklungsländern schaffen werde. Eine gewaltige Aufgabe sei die Bekämpfung von Fluchtursachen. Ein zentrales Projekt ist deshalb der „Marshallplan mit Afrika“.

### Keine Dieselfahrverbote

Andreas Scheuer (CSU) setzte in seiner ersten Rede als Verkehrsminister das Motto: „Keine Panik und keine Verbote, sondern Anreize und Maßnahmen“ von Vorgänger Alexander Dörnbach fort. Der neue Verkehrsminister sprach sich damit gegen die blaue Plakette und Dieselfahrverbote aus. Stattdessen sollen Anreize und Fördermittel für eine bessere Luftqualität in den Städten sorgen. Beispielfähig dafür ist die neue Förderrichtlinie, bei der 28.000 Diesel-Stadtbusse umgerüstet werden sollen.

### Null Toleranz

Horst Seehofer (CSU) präsentierte am Freitagmorgen die Pläne seines Innenministeriums. Die größten Herausforderungen sieht Seehofer hier im Bereich Migration, Sicherheit und Wohnungsbau. Ein Hauptanliegen des neuen Innenministers ist die Verbesserung der Sicherheitslage. Die Terrorgefahr zu senken ist eine zentrale Herausforderung der neuen Bundesregierung. Der CSU-Innenminister kündigte zudem ein härteres Durchgreifen gegen Kriminalität und Extremismus an. Bei Regelverletzungen und Gesetzesbrüchen gilt für Seehofer: „Null Toleranz.“



Foto: Horst Seehofer

Zu seinen weiteren Plänen gehört das Musterpolizeigesetz und der Einsatz moderner Videotechnik mit Gesichtserkennung. Seehofer bekräftigte auch sein Eintreten für Grenzkontrollen an der deutschen Grenze, solange die Außengrenzen der Europäischen Union nicht gesichert seien.



## Haushalt und Finanzen

# Aussprache zur Regierungserklärung Haushalt und Finanzen

In der Generalaussprache zum Bundesfinanzministerium sprach der finanz- und haushaltspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe Alois Rainer im Deutschen Bundestag über die Herausforderungen in dieser Legislaturperiode. Gleich zu Beginn seiner Rede ging Rainer auf die florierende Wirtschaft in Deutschland ein. Zugleich erinnerte er daran, dass dieser Zustand nicht von allein gekommen ist. Vielmehr, so Rainer, sei dies Ausdruck einer soliden Finanz- und Hauspolitik der vergangenen Jahre gewesen. Er mahnte aber auch, dass dies kein Selbstläufer sei. Man müsse nun die

vorhandenen Ressourcen nutzen, um die Menschen in Deutschland zu entlasten. Rainer sei wichtig, dass der Wohl-



Foto: Deutscher Bundestag/ Achim Melde

stand bei allen Menschen ankommt. So verwies er in seiner Aussprache auf die Schaffung von Anreizen, wie dem Baukindergeld, der steuerlichen Förderung der

energetischen Gebäudesanierung, der Sonderabschreibungen für den Wohnungsbau aber auch der schrittweisen Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Zum Schluss seiner Rede ging Rainer auch auf die kommenden Herausforderungen in der europäischen Finanz- und Haushaltspolitik ein. Insbesondere der mittelfristige Finanzrahmen sowie die Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESN) sind in naher Zukunft von besonderer Bedeutung. Abschließend sagte er, dass die Budgethoheit zwingend in nationalen Parlamenten verbleiben und gestärkt werden muss.

## Mehr Bundeskompetenz bei Dublin-Rückführungen

*Im Zusammenhang mit Reformüberlegungen des Dublin-Verfahrens erklärt der innen- und rechtspolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Dr. Volker Ullrich, MdB:*

„Neben der Anzahl der Abschiebungen muss auch die Anzahl der Überstellungen in den sogenannten Dublin-Fällen erheblich gesteigert werden. Wenn die Überstellung in den

eigentlich für das Asylverfahren zuständigen Mitgliedstaat nur in ca. 15 % der



Foto: BAMF

Fälle gelingt, ist das deutlich zu wenig.

Unsere Anstrengungen, die Quote zu verbessern, müssen wir auf allen Ebenen intensivieren. Das Überstellungsverfahren muss gestrafft und vereinfacht werden. Dabei ist auch über Einschränkungen des Rechtsschutzes gegen Dublin-Entscheidungen zu denken. Ferner sollte der Bund die Dublin-Überstellungen vollständig in Bundeszuständigkeit durchführen.“

*Digitales*

## Konsequenzen aus den Vorfällen bei Facebook

*Zu den Vorfällen bei Facebook erklärt der innen- und rechtspolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Dr. Volker Ullrich, MdB:*

„Ich begrüße es, dass die Bundesregierung auf eine umfassende Aufklärung der Vorfälle bei Facebook dringt. Auch der Bundestag wird sich morgen mit den Vorwürfen beschäftigen und im Ausschuss Digitale Agenda unter anderem Vertreter von Facebook anhören. Das Vertrauen der Nutzer, dass ihre Daten nur für die vorgesehenen Zwecke verwendet

werden, ist durch den Vorfall massiv erschüttert worden. Die EU-



Datenschutz-Grundverordnung, die am 25. Mai 2018 in Kraft tritt, kann dazu beitragen, das Vertrauen der

Nutzer ein Stück weit wiederherzustellen. Durch die EU-Datenschutz-Grundverordnung wird die Transparenz der Datenverarbeitung erhöht, die Rechte der betroffenen Personen und die Befugnisse der Aufsichtsbehörden werden gestärkt. Außerdem drohen bei Verstößen dann hohe Bußgelder. Ich erwarte ferner, dass die künftige e-Privacy-Verordnung den Datenschutz von Nutzern sozialer Netzwerke noch stärker präzisiert. Weitere Maßnahmen sind zu prüfen. „

*Arbeit*

## Dauerhafter sozialer Arbeitsmarkt ist ein Irrweg

*Zur aktuellen Berichterstattung über die Schaffung eines dauerhaften sozialen Arbeitsmarktes erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Stephan Stracke, MdB:*

„Ein dauerhafter sozialer Arbeitsmarkt ist definitiv der falsche Weg zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in unserem Land. Die Vergangenheit lehrt: Ein solcher sozialer Arbeitsmarkt ist für die Betroffenen vielfach eine arbeitsmarktpolitische Sackgasse. Nur eine Minderheit der Menschen hat danach wieder An-

schluss auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden. Die Betroffenen würden auf dem arbeitsmarktpolitischen Ab-



stellgleis landen und jegliche Chance auf einen regulären Job verlieren. Unser Ziel ist und bleibt, langzeitarbeitslosen Menschen eine Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen. Dazu müssen wir nicht nur die Be-

troffenen selbst in den Blick nehmen, sondern auch ihr ganzes Umfeld. Das kostet Zeit und Kraft. Aber die Mühe lohnt sich. Der Freistaat Bayern hat damit in der Vergangenheit sehr gute Erfahrungen gemacht und erfolgreiche Projekte aufgelegt. Für Personen, die besonders arbeitsmarktfremd sind, kommt in diesem Zusammenhang auch ein sozialer Arbeitsmarkt in Betracht. Aber nur zeitlich befristet, um ihnen das nötige Rüstzeug für den regulären Arbeitsmarkt zu geben. Ein dauerhafter sozialer Arbeitsmarkt dagegen wäre ein arbeitsmarktpolitischer Offenbarungseid.“